

**Dieses Dokument beinhaltet die vom Rat der Gemeinde Grefrath beschlossenen Resolutionen. Sie sind chronologisch aufgeführt.**

---

**Sitzung vom 05.07.2010, TOP Nr. 5, Vorlage Nr. H 057 V**

**Erklärung der Gemeinde Grefrath gegen ausbeuterische Kinderarbeit;  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.02.2010 auf  
Änderung der Vergabepraxis**

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Grefrath nimmt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Vergabepraxis hinsichtlich ausbeuterischer Kinderarbeit zu ändern, zur Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Die Gemeinde Grefrath wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Gemeinde Grefrath keine Verwendung finden. Sie setzt sich auch öffentlich für die Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit ein.
2. Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird teilweise entsprochen und die Verwaltung beauftragt:
  - a) die Vergaberichtlinien so zu ändern, dass bei der Ausschreibung von gefährdeten Waren die Leistungsbeschreibung um das Kriterium ausbeuterische Kinderarbeit ergänzt wird, sofern es anerkannte Zertifizierungsstellen gibt,
  - b) die kommunalen Eigengesellschaften hierauf hinzuweisen und zu bitten, in gleicher Weise zu verfahren.
3. Der Rat der Gemeinde Grefrath appelliert durch einen entsprechenden Hinweis des Bürgermeisters an Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, Waren zu bevorzugen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. Die Gemeinde Grefrath setzt mit diesem Hinweis ein Signal gegen ausbeuterische Kinderarbeit; sie möchte durch die Änderung ihrer Vergabepraxis eine Vorbildfunktion sowohl für private Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für Unternehmen wahrnehmen und ihren Beitrag leisten, um langfristig soziale Gerechtigkeit herzustellen. Diese Erklärung ist ins Internet einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmungen:	32
Ablehnungen:	-
Enthaltungen:	-

## **Sitzung vom 27.09.2010, TOP Nr. 8, Vorlage Nr. B 072V**

### **Verabschiedung einer Resolution zur Vermeidung der Verwendung von Grabsteinen aus Kinderarbeit**

#### **Beschluss:**

Die Friedhofssatzung wird nicht geändert, da mangels Rechtsgrundlage kein Regelungsspielraum hinsichtlich der Herkunft des Materials für Grabmale besteht.

Schafft das Land NRW die gesetzlichen Voraussetzungen, soll dem Rat die Vorlage zur Änderung der Friedhofssatzung zur Neuentscheidung wieder vorgelegt werden.

Die Verabschiedung einer Resolution zur Eindämmung von Kinderarbeit bei der Herstellung von Grabsteinen wird beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmungen:	30
Ablehnungen:	-
Enthaltungen:	-

## **Sitzung vom 15.05.2012, TOP Nr. 4, Vorlage Nr. H183V**

### **Verabschiedung einer Resolution gegen „Rechts“**

#### **Beschluss:**

„Rat und Verwaltung haben aufgrund der Berichte verschiedener Medien zu den heimtückischen Morden der Neonazibande „Zwickauer Zelle“ und der lokalen Berichterstattung über rechtsnational aktive Einwohner des Kreises Viersen die nachfolgende gemeinsame Resolution erarbeitet, um ihren Standpunkt zu diesem Thema deutlich zu machen.

In Kenntnis der historischen Verpflichtung der deutschen Bevölkerung sind wir alle gefordert, überall dort zu handeln, wo Rechtsextremisten versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen.

Wir sind stolz auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger unterschiedlichster Nationalitäten, die friedlich in unserer Gemeinde leben, sich ehrenamtlich engagieren und rege an unserem Vereinsleben teilnehmen.

Wir stehen dafür ein, dass in unserer Gemeinde alle ohne Angst verschieden sein und sich sicher fühlen können.

Wir werden nicht hinnehmen, dass Fremdenfeindlichkeit verharmlost wird.

Rechtsextremismus, Rassismus und verfassungsfeindliche Gruppierungen haben in unserer demokratischen Gemeinde keinen Platz.

Wir werden alle demokratischen Gruppen in unserer Gemeinde stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist unsere Verpflichtung.

Daher wollen wir zusammen mit unseren Bürgerinnen und Bürgern dem Rechtsextremismus mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln entgegenzutreten“.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmungen:	32
Ablehnungen:	-
Enthaltungen:	-

Die Resolution wird anschließend, nachdem sich alle Anwesenden von den Plätzen erhoben haben, vom Bürgermeister verlesen

## **Sitzung vom 25.09.13, TOP Nr. 3, Vorlage Nr. H255V**

### **Grundsatzbeschluss gegen die Gewinnung unkonventioneller Erdgasvorkommen;** **hier: Energiewende ohne Fracking**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Grefrath befürwortet die Forderungen der Korbacher Resolution:

- sofortige ausnahmslose Abkehr von sämtlichen Formen von Fracking (Hydraulic Fracturing) bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger
- genereller Verzicht auf Importe von und Handel mit „gefrackten“ fossilen Energieträgern
- Novellierung des Bergrechts mit Einführung der höchsten Umweltstandards und der Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit
- konsequente Umsetzung der politisch beschlossenen Energiewende.

Die Verwaltung wird beauftragt, keine gemeindlichen Grundstücke zur Verfügung zu stellen, die für unkonventionelle Erdgasgewinnung genutzt werden können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmungen:	29
Ablehnungen:	-
Enthaltungen:	-

## Sitzung vom 17.12.13, TOP Nr. 6, Vorlage Nr. H258V

**Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft;**  
**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.2013 auf Beitritt**  
**zur Koalition gegen Diskriminierung**

**H 258 V**

### **Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Grefrath beschließt, der Koalition gegen Diskriminierung formal beizutreten. Der Bürgermeister wird beauftragt, die anliegende Absichtserklärung zu unterzeichnen und abzugeben. Dem Rat ist jährlich in der letzten Sitzung über mögliche Diskriminierungen in der Gemeinde Grefrath zu berichten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmungen:	29
Ablehnungen:	-
Enthaltungen:	-

## **Sitzung vom 30.06.2014, TOP Nr. 6b , Vorlage Nr. H010V**

### **Strukturvision Schiefergas in den Niederlanden; hier: Mündlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.06.2014 auf Ablehnung des Vorhabens**

Die Tischvorlage wird vor Sitzungsbeginn verteilt.

Ratsherr Bedronka weist darauf hin, dass der Kreistag die dem Rat vorgelegte Vorlage des Kreises einstimmig beschlossen hat. Die Kreisverwaltung wird nun eine „technische Stellungnahme“ entwickeln unter Einbeziehung der Entscheidung des Landes, die ebenfalls eine strikte Ablehnung beinhaltet. Die Gemeinde Grefrath könnte sich der Stellungnahme des Kreises anschließen und eine eigene Ablehnungsbegründung entwickeln. Dieser Auffassung schließt sich auch Ratsherr Wolfers an, der ein kreiseinheitliches Vorgehen für zweckmäßig hält.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Grefrath beschließt,

- a) sich hinsichtlich der Strukturvision Schiefergas in den Niederlanden der Stellungnahme des Kreises Viersen anzuschließen,
- b) den anliegenden Einspruch und beauftragt den Bürgermeister, den Einspruch der zuständigen niederländischen Behörde zu übermitteln

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmungen:	29
Ablehnungen:	-
Enthaltungen:	-